



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Europäische Union
Az.: 009-1/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

18. September 2018

Rundschreiben Nr. 474/2018

Rede zur Lage der Union 2018 von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

Kurzfassung:

Der Präsident der Europäischen Kommission hat am 12. September 2018 im Europäischen Parlament seine jährliche Rede zur Lage der Union 2018 gehalten. Dabei konzentrierte er sich auf die in den nächsten 12 Monaten seiner Amtszeit noch anstehenden Verfahren. Für die Landkreise relevant sind insbesondere die Ausführungen zur Migrationspolitik. Zeitgleich hat die Kommission Gesetzgebungsvorschläge zur Neugestaltung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorgelegt, darunter Vorschläge für einen effizienteren Schutz der EU-Außengrenzen und zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger.

Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat am 12. September 2018 im Europäischen Parlament in Straßburg seine letzte Rede zur Lage der Union unter dem Titel „Die Stunde der europäischen Souveränität“ gehalten (**Anlage**). Den Zustand der Union im Jahre 2018 beschreibt er mit den Worten „Vereint als Europäer sind wir eine Kraft, mit der man rechnen muss“. Dafür führte er vor allem die erfolgreiche Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise über die letzten 21 Quartale und die Schaffung von 12 Mio. neuen Arbeitsplätzen seit 2014 an. Laut seinen Ausführungen standen nie zuvor 339 Mio. Frauen und Männer in Lohn und Brot. Ebenso habe sich die EU in ihrer Rolle als weltweite Handelsmacht neu behauptet. Mehrfach ruft Juncker die Mitgliedstaaten zur Einheit und zum Zusammenhalt für eine künftig stärkere Europäische Union in der Welt auf.

Mit Blick auf die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) führt Juncker aus, dass fünf von sieben Kommissionsvorschlägen angenommen seien. Mit 97 % weniger Flüchtlingen im östlichen Mittelmeerraum und um 80 % weniger Flüchtlingen entlang der zentralen Mittelmeerroute seien bereits mehr Fortschritte gemacht als oft behauptet werde.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Er appelliert für die noch offenen Fragen insbesondere an die Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Durch Solidarität der einzelnen Mitgliedsstaaten könne ein Schengenraum ohne Binnengrenzen geschaffen werden und erhalten bleiben. Binnengrenzen gehörten dort, wo es sie inzwischen wieder gebe, abgeschafft. Ein erfolgreiches Beispiel für europäische Solidarität sei der verstärkte europäische Katastrophenschutz.

Für den effizienteren Schutz der EU-Außengrenzen legt die Kommission einen Vorschlag zur Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache vor. Darin soll bis 2020 die Zahl der europäischen Grenzschutzbeamten auf 10.000 Einsatzkräfte anwachsen, die aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Daneben schlägt die Kommission den Ausbau der europäischen Asylagentur vor, die die Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung von Asylanträgen operationell stärker unterstützen soll. Schließlich legt die Kommission einen Richtlinienvorschlag zur beschleunigten Rückführung irregulär eingereister Migranten sowie eine Mitteilung zum Stand der Verhandlungen über legale Einwanderungswege für qualifizierte Migranten in die EU vor. Mit allen vorgeschlagenen Maßnahmen setzt die Kommission die Gipfelbeschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 28. Juni 2018 um.

Die Tatsache, dass bis 2050 die Bevölkerung Afrikas auf 2,5 Mrd. Menschen wächst und jeder vierte Mensch Afrikaner sein wird, macht nach Juncker eine echte und ausgewogene Partnerschaft mit Afrika erforderlich. Auch diese hatte bereits der Europäische Rat beschlossen. Die Kommission legt daher einen Vorschlag für ein neues afrikanisch-europäisches Bündnis für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze vor. Dieses solle in Afrika in den kommenden fünf Jahren 10 Mio. Arbeitsplätze schaffen. Daneben soll mit Blick auf den nicht unbedeutenden Handel mit Afrika ein Freihandelsabkommen im Sinne einer Wirtschaftspartnerschaft zwischen den zwei Kontinenten auf Augenhöhe errichtet werden.

Präsident Juncker kündigt ferner an, bis zum Ende seiner Amtszeit die Zeitumstellung in der EU unter Berücksichtigung der Binnenmarktkonformität abzuschaffen. Aufgrund der Subsidiarität solle jedoch jeder Mitgliedsstaat für sich selber entscheiden können, ob in Sommerzeit oder Winterzeit gelebt werde. Nach dem mit der Rede des Präsidenten vorgelegten Richtlinienvorschlag der Kommission soll die letzte verbindliche Umstellung auf die Sommerzeit am Sonntag, den 31. März 2019 erfolgen. Danach könnten die Mitgliedstaaten, die dauerhaft zur Winterzeit zurückkehren wollen, am Sonntag, den 27. Oktober 2019 zum letzten Mal eine jahreszeitlich bedingte Zeitumstellung vornehmen. Nach diesem Datum wären jahreszeitlich bedingte Zeitumstellungen nicht mehr möglich.

Schließlich wiederholt Juncker seine Forderungen aus seiner Rede zur Lage der Union 2017 nach einer qualifizierten Mehrheit für Beschlussfassungen in bestimmten Themenbereichen. Dazu gehören bestimmte Teile der Außenbeziehungen wie Menschenrechte und Steuerfragen.

Über die neuen Kommissionsvorschläge zur Reform des GEAS werden wir nach Veröffentlichung der deutschen Texte informieren.



Theel

Anlage